

TOP 3.7.4 Technologischer Wandel und Ungleichheit

1. Beschreibung der Problematik

Das Projekt „Innovation for Inclusive Growth“ der OECD befasst sich mit der Fragestellung, wie sich der durch die Digitalisierung der Wirtschaft bzw. der generell die wissensbasierte Wirtschaft bedingte technologische Wandel, auf die in den OECD-Ländern zu beobachtende Entwicklung der zunehmenden Ungleichheit in der Einkommensverteilung auswirkt und was dies für die zukünftige Ausrichtung der Innovationspolitik bedeuten könnte. Innovationspolitik wird dabei nicht nur als Wachstumsmotor, sondern auch als möglicher Beitrag zur Reduzierung von Ungleichheit gesehen, wobei auch untere Einkommensschichten profitieren sollen („inklusives Wachstum“). Es stellt sich daher die Frage, ob und was die (Innovations-)Politik einer möglichen (weiteren) Zunahme der ungleichen Verteilung zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen einerseits und innerhalb der Arbeitseinkommen andererseits, entgegensetzen kann. Dazu muss allerdings angemerkt werden, dass der technologische Wandel nur einer von vielen Faktoren ist, die Verteilungswirkungen haben können, möglicherweise aber mit zunehmender Bedeutung.

In diesem Zusammenhang soll parallel zum OECD-Projekt eine auf Österreich bezogene empirische Analyse feststellen, wie technologischer Wandel und Verteilungseffekte in Österreich zusammenhängen. Die Ergebnisse sollen durch Fallstudien ergänzt und in die entsprechenden OECD-Gremien eingebracht werden.

2. Auswirkungen

Mögliche Anregungen für eine Neuausrichtung der österreichischen Innovationspolitik.

3. Stand der Verhandlungen

OECD-Ebene: Die erste Phase des OECD-Projekts beschränkte sich auf Möglichkeiten einer Verringerung des Abstands der Schwellen- und Entwicklungsländer zu den Industriestaaten. Die aktuelle zweite Phase des Projekts konzentriert sich auf die Industriestaaten selbst und soll bis Ende 2016 abgeschlossen sein.

Die Österreich-Studie zum Thema soll bis Juni dieses Jahres in Auftrag gegeben werden. Kooperationspartner sind das BMVIT und die Stadt Wien. Die Präsentation des Endberichts ist für Anfang 2017 vorgesehen.

4. Position/Forderung der AK

Die politischen Forderungen der AK sollen aus den Studienergebnissen auf nationaler und internationaler Ebene abgeleitet werden.